Nr. 132 Sonnabend, 9. Juni 1917 24. Jahrgang.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13693.

Inserate kosten die 7gespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherm Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilauflage 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 ● Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Wahlrechtskundgebungen in Budapest.

Die neuesten Meldungen.

Schwierige Lösung der Geschäftsordnungsfrage.

Wien, 8. Juni. (W. T. B.) Die Mittelpartei und die Verfassungspartei des Herrenhauses hielten heute Beratungen ab, um zur Geschäftsordnungsreform des Abgeordnetenhauses sowie zu der durch die Annahme des Antrags Franta geschaffenen Sachlage Stellung zu nehmen. Die Mittelpartei beschloß, einheitlich mit der Verfassungspartei vorzugehen. In der morgigen Sitzung des Herrenhauses soll der Beschluß des Abgeordnetenhauses zur Geschäftsordnungsreform einem Sonderausschuß zur Vorberatung zugewiesen werden.

Erdbeben in Mittelamerika.

San Juan del Sur (Nikaragua), 8. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein Telegramm aus San Miguel (San Salvador) meldet: Die 60 000 Einwohner zählende Hauptstadt San Salvador ist vollkommen zerstört, unzweifelhaft durch ein Erdbeben über durch den Ausbruch eines Vulkans. Ein weiteres Telegramm aus Tegucigalpa besagt: Auch sechs andre Städte wurden zerstört. Das letzte Telegramm, das nach aus der Trümmerstätte eingelaufen ist, meldet: Alles rings in einem Umkreis von 40 Meilen ist zerstört. Die Einwohner von San Salvador lagern in den Straßen und Parkanlagen. Vermutlich ist das Unglück durch den Ausbruch des Vulkans verursacht, an dessen Fuß die Stadt gelegen ist.

Die Hafenexplosion in Petersburg.

Stockholm, 9. Juni. Ueber die Petersburger Hafenexplosion liegen jetzt nähere Einzelheiten vor, welche den Umfang der gewaltigen Katastrophe zeigen. Mehrere Munitionsfabriken sind gänzlich zerstört, außerdem sind zahlreiche Privathäuser dem Erdboden gleich geworden, darunter das Minister- und Präsidentenpalais auf der Jelagin-Insel. Die Feuerwehr war gänzlich hilflos. Die Ursache ist noch vollständig unaufgeklärt; vielfach wird angenommen, daß es sich um einen Racheakt oder ein Verbrechen handelt, jedoch sind auch politische Beweggründe nicht ausgeschlossen. Der Arbeiterrat und die Regierung leiteten gleichzeitig eine Untersuchung ein. (Lokal-Anzeiger.)

Die Bewegung in China.

Schweizer Grenze, 9. Juni. Der Schweizer Preßtelegraph meldet aus Paris: Die in Paris lebenden chinesischen Republikaner erhielten eine Depesche aus Peking, in der es heißt: Die Militärbewegung sei monarchistisch und deutschfreundlich. Die Aufforderung zu einer Kriegserklärung an Deutschland sei nur eine List, um das Vertrauen der Verbündeten zu gewinnen. (Köln. Ztg.)

Deutsche Flieger über französischen Orten.

Genf, 9. Juni. Aus Calais, Dünkirchen, sowie Chalons, Epernay und Chantanthierry liegen Pariser Blättern Berichte über Angriffe von deutschen Fliegergruppen vor. Die größten Verheerungen hätten Calais und Epernay zu verzeichnen. Die Angaben der Gesamtzahl der Toten und Verwundeten wurden von der Zensur unterdrückt. (Lokal-Anzeiger.)

Gekapert.

Basel, 9. Juni. Havas meldet aus Kopenhagen: Das schwedische Schiff Tellus, das nach Kopenhagen fuhr, wurde im Sund von einem deutschen Schiff gekapert und in einen deutschen Hafen geführt. (Frankf. Ztg.)

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 8. Juni befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Die Politik der Mehrheitsfraktion der deutschen Sozialdemokratie und die Friedensfrage.

Eine Richtigstellung.

Von Eduard Bernstein.

I.

Es war im Herbst 1915. Die fünfte Milliardenforderung für den Krieg war vom Reichstag zur Erledigung zu bringen. Im Hinblick darauf und angesichts des Umstandes, daß während des vorangegangenen Sommers die schon im Frühjahr bemerkbar gewordene Propaganda für weitgehende Annexionsziele von einflußreichen Personen und Verbänden starke Förderung erfahren hatte, ohne von der Reichsleitung mit der größten Schärfe bekämpft worden zu sein, hieß es für die Sozialdemokratie, in dieser Frage eine unzweideutige Situation zu schaffen. So ward denn in der Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie von Angehörigen der Minderheit die Forderung erhoben, durch eine Interpellation an den Reichskanzler die nötige Klärung herbeizuführen. Sie kam in folgender, vom Genossen Ledebour formulierten Fassung zur Abstimmung in der Fraktion:

Ist der Herr Reichskanzler zu sofortigen Friedensverhandlungen, unter Verzicht auf Annexionen jeder Art — sowohl von deutscher als gegnerischer Seite — bereit?

Im Gegensatz dazu beantragten Scheidemann, David, Ebert und Molkenbuhr, der Interpellation die folgende Fassung zu geben:

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt ist, in Friedensverhandlungen einzutreten?

Der grundsätzliche Unterschied springt in die Augen. Die erste Formulierung stellte die Frage in einer Form, wie die von der Reichstagsfraktion am 4. August 1914 bei der ersten Kreditbewilligung beschlossene Erklärung sie nötig machte. Die Formulierung Scheidemann und Genossen aber konnte jede bürgerlich-kapitalistische Fraktion ebensogut beschließen. Sie entbehrte jeden politischen Charakters, und es war mit Sicherheit vorauszusehen, daß der Kanzler auf sie eine Antwort geben werde, welche die Dinge beim alten lassen würde.

Indes Scheidemann und Genossen siegten. Mit 58 gegen 43 Stimmen ward die Formulierung Ledebours abgelehnt, worauf der Antrag der ersteren mit 93 gegen 5 Stimmen angenommen wurde. Mit Ausnahme dieser fünf Genossen stimmte auch die Minderheit für ihn, damit die Sache wenigstens im Reichstag zur Sprache komme. Die Mehrheit aber wählte nur Redner ihrer Farbe zur Vertretung der Interpellation im Reichstage.

Unter einem Gesichtspunkt kann man das nicht bedauern. Denn nun wurde Klarheit geschaffen, Klarheit nach verschiedenen Seiten hin.

Die Interpellation kam am 9. Dezember 1915 im Reichstag zur Verhandlung, Scheidemann begründete sie. Zu neun Zehnteln tadellos. Wenn schöne Worte schöne Taten wären, würde die Welt ihm großen Dank schulden. Süß wie Honigseim flossen Worte des Friedens und der Abweisung jeder bösen Absicht wider andere Völker über seine Lippen. Und doch war es keine Friedensrede. Was ihr zu einer solchen fehlte, zeigte sich deutlich, als er dazu überging, von den Absichten der gegnerischen Regierungen zu sprechen. Wer den Zweck will, muß die Mittel wollen. Ein Friede, dessen Bedingungen nicht die eine Seite der andern aufdiktiert, ein Friede, wie Scheidemann ihn zu wollen erklärte, war nur möglich als ein Verständigungsfriede. Zu einem solchen war aber die Vorbedingung Verbreitung von Verständnis — Verständnis hüben und drüben für die Natur der Fragen, die der Krieg auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Mit Bezug auf die Fragen, die Scheidemann berührte, tat er aber das Gegenteil. Er behandelte sie so und legte sie so aus, wie es der erste beste nationalistische Bourgeoispolitiker nicht anders hätte tun können. Folgendes seine Worte über die Erklärungen in den gegnerischen Ländern, wonach von Friede keine Rede sein könne, bevor nicht der deutsche Militarismus vernichtet sei:

Darauf will ich ebenso ruhig wie bestimmt antworten: unsre Gegner verstehen unter dem Militarismus, den sie vernichten wollen, etwas andres als wir. **Sie wollen unser Heer, in denen unsre Söhne und Brüder stehen, vernichten.** (In der parteiamtlichen Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz unterstrichen.) Was wir als Militarismus bekämpfen, ist eine Angelegenheit, über die innerhalb unsrer Landesgrenzen zu entscheiden ist, so wie über den französischen Militarismus und den englischen Marinismus jenseits der Vogesen und jenseits des Kanals zu bestimmen sein wird.

War es aber das, was ein Sozialdemokrat über diese Frage zu sagen hatte? Entsprach es dem sozialdemokratischen Standpunkt, wie er grundsätzlich im Programm der Sozialdemokratie niedergelegt ist, entsprach es dem Bedürfnis der Zeit, wie gerade der Krieg es mit blutiger Schrift denen enthüllte, die Augen haben, zu sehen?

Inwieweit Scheidemann die Gedanken der gegnerischen Staatsmänner, die er nannte (Asquith, Briand), richtig auslegte, wird nach Beendigung des Krieges zu beurteilen sein. Nicht zweifelhaft dagegen konnte ihm als Sozialdemokrat sein, daß der Ruf „nieder mit dem preußischen Militarismus" drüben nicht nur der Ruf von Leuten ist, die Deutschland wehrlos zu machen suchen, sondern daß ihn auch Leute ausstoßen, die ein ganzes Leben hingebender Tätigkeit für die Internationale der Völker hinter sich haben, und daß er seine Popularität in diesen letzteren Kreisen neben Ansichten über die Entstehungsgeschichte des Krieges dem durch das Verhalten der Partei erzeugten hochgradigen Zweifel verdankt nicht nur an der Kraft, sondern auch an dem Willen der deutschen Sozialdemokratie, dem Militarismus noch ernsthaft den Prozeß zu machen. Diesen Zweifel aber mußte die Erklärung des Militarismus für eine ausschließlich innere Angelegenheit der Nationen nur bis zur Gewißheit verschärfen.

Denn wenn es eine Frage gibt, die national nicht zu lösen ist, sondern nur international gelöst werden kann, so ist es gerade die Frage des Militarismus. In langen, langen Jahren politischen Kampfes haben wir Sozialdemokraten es zum Ueberdruß erfahren müssen, schwer haben die Völker diese Lehre bezahlen müssen, und werden sie wer weiß wie lange noch an ihren Kosten zu tragen haben. Und statt das zu betonen, statt dem einseitigen Ruf mit der Feststellung zu begegnen, daß, selbst wo er ehrlich gemeint ist, er verfehlt ist, weil eben diese Frage nur durch internationale Abmachungen gelöst werden kann und im Namen der Sozialdemokratie für eine solche Abmachung als eine der wichtigsten Voraussetzungen eines Friedens, wie ihn die Völker brauchen, einzutreten, stellt dieser Wortführer der bislang größten Landespartei der „internationalen völkerbefreienden Sozialdemokratie" sich hin und verkündet: Militarismus? Bah, das ist eine häusliche Angelegenheit, in die sich keiner von draußen einzumischen hat. Kann man sich da wundern, wenn es von draußen zurücktönte: Ihr seid nicht ernst zu nehmen, meine Herren!

Und wahrhaft ernst nahm auch der Kanzler sie nicht. Er lehnte es rundweg ab, sich für einen Frieden ohne jede Annexionen volksfremden Gebietes zu erklären, wie Scheidemann dies zwar nicht gefordert, behilte, aber doch sanft mahnend befürwortet hatte. Im Gegenteil. Unter Berufung auf die gute Kriegslage Deutschlands verkündete er, die Gegner hätten mit Friedensangeboten zu kommen, Deutschland habe das nicht nötig. Wörtlich hieß es in seiner Rede:

Mit Theorien, mit Friedensäußerungen von unsrer Seite kommen wir nicht vorwärts und nicht zu Ende. Kommen unsre Feinde mit Friedensangeboten, die der Würde und der Sicherheit Deutschlands entsprechen, so sind wir allezeit bereit, sie zu diskutieren.

Und wie das gemeint war, zeigen folgende weiteren Sätze:

Ich kann auch heute nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich kann nicht sagen, welche Garantien die Kaiserliche Regierung z. B. in der belgischen Frage fordert und welche Machtgrundlagen sie für diese Garantien für notwendig erachtet . . . **Weder im Osten noch im Westen dürfen unsre Feinde von heute über Einfallstore verfügen,** durch die sie uns von morgen an aufs neue und schärfer als bisher bedrohen.

Es sei bekannt, daß „Frankreich seine Anleihen an Rußland nur unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben hat, daß Rußland die polnischen Festungen und Eisenbahnen gegen uns ausbaute."

Und ebenso sei bekannt, „daß England und Frankreich Belgien als ihr Aufmarschgebiet gegen uns betrachten."

Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch und wir müssen auch wirtschaftlich die Möglichkeit unsrer Entfaltung sichern, was dazu nötig ist, muß erreicht werden . . . Welche Mittel zu diesem Zweck nötig sind, darüber müssen wir uns völlige Freiheit der Entschließung wahren.

So der Kanzler. Ein Mißverständnis darüber, was diese, von den bürgerlichen Parteien rechts und links mit stürmischem Beifall begleiteten Sätze besagten, war nicht möglich. Selbst bei der mildesten Ausdeutung konnte die Sozialdemokratie sie nicht ohne entschiedenen Widerspruch hingehen lassen, wollte sie die Grundsätze, die Scheidemann bei der Begründung der Interpellation entwickelt

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19170609/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG